

# Erbprinz Alois zu 2G: «Es wäre sinnvoll, diese Möglichkeit zu haben»

**Interview** Am Staatsakt gab es für die Medien die Möglichkeit, kurze Interviews mit Erbprinz Alois zum Staatsfeiertag und seiner Rede zu führen. Das «Volksblatt» hat die Gelegenheit gerne genutzt.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Durchlaucht, Sie äussern in Ihrer Rede die Hoffnung, dass die Coronapandemie nicht mehr so stark einschlagen wird. Trotzdem: Wie blicken Sie auf die kommende Volksabstimmung zum 2G-Gesetz?

**Erbprinz Alois:** Der Staatsgerichtshof hat ja festgestellt, dass das Gesetz selbst nicht problematisch gewesen wäre, aber die Rechtsgrundlage nicht ausreichend war. Dem ist die Regierung nun nachgekommen. Dies für den Fall, dass 2G im Herbst und Winter tatsächlich wieder notwendig werden würde - wenn die Schweiz Schritte in diese Richtung setzt. Denn dann ist es naheliegend, dass wir bei solchen Schritten wie schon in der Vergangenheit nachziehen. Wenn wir das nicht tun, kann im Extremfall die Schwierigkeit entstehen, dass wir in der Schweiz Stimmen zu hören bekommen, dass wir unsere Verpflichtungen im Kontext des Zollvertrages - sprich, die Pandemieerregung der Schweiz zu übernehmen - ungenügend wahrnehmen. Das würde zu unangenehmen Diskussionen führen, wenn wir unsere Coronafälle in Schweizer Spitälern unterbringen wollen. Für den hoffentlich sehr unwahrscheinlichen Fall stellt sich bei einer Ablehnung von 2G die Frage, ob wir dann strengere Massnahmen als die Schweiz ergreifen müssen. Das gilt es zu berücksichtigen.



«Der Staat könnte im Bereich der Bildung noch weiter optimieren.»

**Sie plädieren also für ein Ja zu 2G?**

Ich denke mir, dass es sinnvoll wäre, diese Möglichkeit zu haben. Entscheiden müssen wir später im konkreten Fall ja immer noch, ob es dann auch sinnvoll sein wird, 2G einzusetzen. Es bleibt aber zu hoffen, dass es gar nicht so weit kommen wird. Mit etwas Glück können wir diesen Herbst und Winter etwas weniger Einschränkungen erfahren als in den letzten zwei Jahren.

**Sie haben in Ihrer Rede auch den Arbeitskräftemangel genannt. Sind hier explizit die Unternehmen gefordert oder auch der Staat?**  
Da braucht es auf jeden Fall eine gute Zusammenarbeit von beiden Seiten. Der Staat könnte hier im Bereich der Bildung noch weiter optimieren. Also dass diejenigen, die frisch in den Arbeitsmarkt kommen, noch besser für die Anforderungen ausgebildet sind, sie so noch schneller den Arbeitsmarkt stärken können und möglichst jede und jeder am richtigen Ort unterkommt.

Zudem ist die Weiterbildung wichtig. Da könnte der Staat noch einiges tun - auch hier im Zusammenspiel mit den Unternehmen. Weiter sind hier flexiblere Arbeitszeiten und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen. Neben den staatlichen Aspekten, wie etwa die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Elternzeit, liegt es aber an den Firmen und Sozialpartnern, wie sie flexiblere Arbeitszeiten regeln. Es sind also auch die Unternehmen selbst stark gefordert, wie sie auf diese Themen reagieren.

**Ein weiterer Punkt, den Sie in Ihrer Rede aufgenommen haben: dass die Inflation im Frankenraum noch relativ niedrig ist. Bei der Debatte um eine Rentenerhöhung wird ja gerne auf die Teuerung Bezug genommen. Ein entsprechender Vorstoss wird demnächst im Landtag behandelt. Zieht das Argument also nicht?**

Was die Renten betrifft, halte ich es für sinnvoll, eine breite Strategie zu fahren. Idealerweise sollte das Thema im Kontext der Altersstrategie - mit dem Ziel, ein erfülltes Leben im Alter zu haben - betrachtet werden und dabei auch die verschiedensten Aspekte einbezogen werden: Neben der Rentenhöhe etwa auch die Frage nach der Finanzierung und wie lange wir arbeiten sollen. Vor allem sollte sichergestellt sein, dass man mit Blick auf die AHV grundsätzlich unbesorgt leben kann. Ob das nun in Kombination mit Ergänzungsleistungen oder anderen Massnahmen von staatlicher Seite passiert: Hier sollten wir uns im Rahmen der Altersstrategie genauer anschauen, was am effizientesten ist. Es gilt also, die vielen Fragen im Gesamtkontext anzugehen.

**Wie beurteilen Sie den Baustopp des neuen Landesspitals wegen den derzeit deutlich höheren Kosten?**

Das ist natürlich unerfreulich, wenn sich innert kurzer Zeit ein so hoher Fehlbetrag ergibt. Es spielen aber wohl auch die besonderen Umstände mit. Alle, die am Bauen sind (oder waren), wissen, dass es derzeit immer wieder hohe Kostenschübe gibt. Es ist sicherlich aber auch einiges mehr ausschlaggebend, was untersucht und erklärt werden muss.

**Sie haben in Ihrer Rede ja auch zum Energiesparen aufgerufen. Reicht hier die Freiwilligkeit aus oder könnten Sie sich vorstellen, Energiesparen zu einer Pflicht machen?**  
Bis zum Herbst/Winter wäre die Einführung einer solchen gesetzlichen Pflicht doch sehr, sehr knapp. So sollte jeder selbst darauf achten, wie



er seinen Beitrag leisten kann. Der Staat könnte aber durchaus Impulse und Ideen dafür geben, wo es sinnvoll ist, solche Schritte zu setzen. Wenn möglichst viele das Energiesparen ernst nehmen, bringt uns das auch viel weiter, als viele staatliche Regelungen einzuführen.

«Wenn möglichst viele das Energiesparen ernst nehmen, bringt uns das viel weiter, als viele staatliche Regelungen einzuführen.»

**Hätten Sie da grad ein paar Energiespartipps für die Bevölkerung?**  
Ich bin jetzt nicht der grosse Experte. Es beginnt aber schon damit, welche Varianten man bei der Mobilität wählt - gerade bei schönem Wetter - oder dass stromfressende

Geräte bei Nichtgebrauch ausgeschaltet werden.

**Sie haben in Ihrer Rede mit Blick auf die Energiewende auch die zeitliche Begrenzung von Subventionen und Verboten angesprochen. Wie ist das zu verstehen?**

Gerade bei Subventionen muss man sich schon überlegen, wie lange man diese fortführen will. Das haben wir ja schon bei den Elektro-Fahrrädern gesehen, teilweise auch im Solar-energiebereich. Subventionen sind dann sinnvoll, wenn es darum geht, einer Technologie einen Anschlag zu geben. Deshalb gilt es, die technologische Entwicklung genau im Auge zu behalten. Ansonsten kann es schnell passieren, dass nach einiger Zeit dann völlig übersubventioniert wird. So sollte man sich heute zum Beispiel überlegen, ob man den Umstieg auf Elektro-Fahrzeuge noch gross subventionieren möchte.



Erbprinz Alois stand im Schloss den Medien für Kurzinterviews zur Verfügung.